

Sehr geehrter Landrat,  
sehr geehrter Kreistag,  
sehr geehrte Damen und Herren,

beginnen möchte ich mit einem Zitat von **Wilhelm Busch**: „Wer andern gar zu wenig traut, hat Angst an allen Ecken; wer gar zu viel auf andre baut, erwacht mit Schrecken“

Die Kernaussage hieraus trifft auch auf unseren Rhein-Kreis Neuss zu. Rein vordergründig betrachtet sind wir in der Region wirtschaftlich im NRW-weiten Vergleich seit vielen Jahren überdurchschnittlich gut aufgestellt.

Doch zuweilen trügt der schöne Schein. Die guten Voraussetzungen sind nicht selbstverständlich, sondern kontinuierlich über viele Jahrzehnte gewachsen. Nachfolgend möchte ich anhand einiger Beispiele aufzeigen, was aus meiner Sicht gut läuft, was weniger und vor allem bezugnehmen auf richtungsweisende Herausforderungen die vor uns liegen.

1. Positiv hervorheben möchte ich exemplarisch und ausdrücklich

a. das beharrliche Festhalten der Kreisverwaltung an der K33n, **Anschlussstelle Dormagen Delrath**. In mühsamer Kleinarbeit hat sich die Kreisverwaltung seinerzeit an einem weiteren von der Bezirksregierung geforderten Gutachten erfolgreich abgearbeitet, das Verkehrs- und Störfallgutachten aktualisiert und überarbeitet, eine Steuerungsgruppe gebildet und einen Zeitfahrplan entwickelt. Die Fortschritte in der langwierigen Entwicklung der A57 Ansschlussstelle Delrath

und der dann hoffentlich bald darauffolgenden Erschliessung des interkommunalen Gewerbeareals am Silbersee können sich durchaus sehen lassen, da auch Umwelt- und Naturschutz, wie auch Individualverkehr und ÖPNV Anbindung gleichermaßen gewahrt bleiben. Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wird auch partiell positive Auswirkungen auf die Entlastung der Bundesstraße 9, wie zudem empfohlen die Anbindung des Zinkhüttenweges in das Verfahren, haben. Das Planfeststellungsverfahren wurde bereits Ende 2018 eingeleitet und wird prognostiziert am 30.8.2020 beendet sein. In diesem Zusammenhang weisen ich daraufhin, das eine Projektanbindung des Ausbaus der Anschlussstelle im Planungsverlauf synchronisiert sein sollte mit dem 6-spurigen Ausbau der A57 und der ebenfalls geplanten Einhausung der BAB Höhe Dormagen Horrem.

Danken möchte ich aus Dormagener Sicht hier im Besonderen dem verantwortlichen Dezernenten Herrn Mankowsky, der diesem für den gesamten Rhein-Kreis wichtigen Projekt mit fundierter Fachkenntnis auch für die nächsten Jahre erhalten bleibt.

- b. Auch die **Förderung des Leistungssportes** im Kreis ist ein Gütesiegel, das interfraktionell im großen Konsens mitgetragen wird. Der Leitgedanke, Gesundheit zu fördern, ein sportliches Miteinander für viele Menschen erlebbar zu machen und Integration zu ermöglichen, ist aktueller denn je. Hier hat der Kreis mit Förderung des Breiten- und Leistungssports durch die Stiftung Sport im Verbund mit der Sparkasse Neuss ein richtiges Zeichen gesetzt, wie auch mit der Förderung des Sportinternates Knechtsteden und der Etablierung des

Masterplan Leistungssport, um der Reform des deutschen Leistungssports Rechnung zu tragen.

- c. Ebenso die in Auftrag gegebene **Digitalisierungsstrategie** birgt großes Entwicklungspotenzial für unseren Kreis. Die nun im Haushalt bereitgestellten Mittel stellen eine gute Anschubfinanzierung für die nächsten Jahre dar. Ob Effizienzsteigerung in der Verwaltung, der Ausbau des Breitbandnetzes, e-Government, Gewerbeflächenmanagement, Erweiterung der Service Angebote (Mein Straßenverkehrsamt oder Heimfinder) über Open data Portale oder die Verzahnung im Bereich interkommunale Zusammenarbeit, wie beispielsweise bei der Errichtung regionaler Bildungsnetzwerke oder der Kooperation des Kreises im Bereich der örtlichen Rechnungsprüfung mit einzelnen Kommunen sind erfreuliche Initiativen, wie auch die durch die Bereitstellung der finanziellen Mittel der Wirtschaftsförderung, zur Bewerbung des Kreises für die 2. Förderphase des DW NRW Hub - der regionalen Plattform für die digitale Wirtschaft in NRW.
- d. Die Beteiligung des Kreises zusammen mit der Stadt Dormagen am „**ChemLab**“ war ebenso eine gute und weitsichtige Entscheidung. Erste Früchte dieser Förderung wurden bei der Veranstaltung „Onboarding Chemlab“ vor Kurzem in der neuen INEOS Verwaltung anhand verschiedener Praxisbeispiele gut in Szene gesetzt. Die fortschreitende Digitalisierung in der chemischen Industrie erhält durch Start-ups wesentliche und neue Impulse u.a. zur Effizienzsteigerung, Qualitätsverbesserung in der Anlagen- und Betriebssteuerung, sowie dem

Energiemanagement. In einem weiteren Schritt sollte unsere Kommune der Gründerszene verstärkt die Möglichkeit zur Niederlassung im Kreisgebiet, vorzugsweise in Dormagen, zu attraktiven steuerlichen Bedingungen einräumen.

## **2. Auf einem guten Weg mit Einschränkungen**

- a. sehe ich die zeitgemäßen Privatisierung und **Fusion des Lukas Krankenhaus** und den **Rheintor Kliniken mit den Rhein-Kreis Neuss Kliniken in Dormagen und Grevenbroich**. Eine weitere Professionalisierung, hinzu wirtschaftlich tragfähigen Strukturen, damit eine flächendeckend gute medizinische Versorgung der Patienten im Rhein Kreis als gesichert und kostendeckend angesehen werden darf, aber auch für die Beschäftigten Sicherheit und den Erhalt der Arbeitsplatz gewährleistet, sollte das erklärte Ziel sein.

Suboptimal sind hier noch defizitäre Haushalte der Rhein Kreis Neuss Kliniken, sowie der bisher nicht berücksichtigte Beteiligungswunsch einzelner Städte. Beratende Mitgliedschaften ohne Vetorecht im Aufsichtsrat der Kliniken sind annehmbare Forderungen der Bürgermeister Dormagens und Grevenbroichs, für verbesserte Mitgestaltung vor Ort. Eine gütliche Einigung mit den Belegungskommunen, allerdings ohne deren finanzielle Beteiligung, ist ein überwindbares Hindernis.

3. Als **Störgröße** mit unklaren Folgen für die Region sehe ich, nun etwas ausführlicher abgehandelt,

im **übereilten Strukturwandel\***, verbunden mit dem vorzeitigen Ausstieg aus der **Kohleverstromung**, den Empfehlungen der „Kohlekommission“ folgend. Es werden enorme Steuermittel für die betroffenen Regionen, wie der Lausitz oder dem RKN, von staatlicher Seite regelrecht verbrannt. Es ist hier mindestens die Rede von 80 milliarden Euro aus Steuermitteln für Entschädigung und Lastenausgleich in den betroffenen Regionen insgesamt. **Haushaltsexperten des Bundestages sprechen von massiver Vernichtung volkswirtschaftlichen Vermögens** (Axel Fischer - CDU).

Auch die **Beantwortung unserer Anfrage durch Dr. Fishedick** konnte unsere Zweifel nicht verwerfen, da beispielsweise der Strukturwandel im Ruhrgebiet sicherlich eine noch umfangreichere Dimension dargestellt hat, es dabei aber nicht um die Energieversorgung mit zentraler Funktion für die Bereitstellung sicheren und günstigen Stromes eines Industriestaates gegangen ist. Es geht im rheinischen Revier ja nicht nur darum Arbeitsplätze eins zu eins zu ersetzen, was ja in die vorhandene Wertschöpfungskette betreffend schon eine Herausforderung sondergleichen darstellt, sondern auch um die nachgeschaltete energieintensive Industrie, wie die in der Region niedergelassenen Chemieparks, Aluminiumwerke oder Automobilhersteller und über die Region hinaus ansässigen Industrien in Bund und Ländern. Meine Vorbehalte konnten auch nicht durch die vielen auf dem Tisch liegenden Vorschläge der Fraktionen zum Strukturwandel restlos zerstreut werden.

Nachfolgend, einige weitere Argumente, die den guten Grundgedanken des vorgezogenen aber überambitionierten Strukturwandels, eintrüben:

- zum einen wird die **globale CO2 Bilanz** durch die bundesdeutsche Abkehr von der Kohleverstromung nachweisbar nicht verbessert. Vielmehr ist derzeit laut Internationaler Energieagentur IEA von einem globalen Anstieg der Kohlendioxid Emissionen um 1,7% auf einen Rekordwert von 33,1 mrd. Tonnen pro Jahr auszugehen, verursacht durch Wachstumsmärkte in Indien, China und den USA, zuzüglich weiterer in **Planung oder Bau befindlicher Kohlekraftwerke. Die Rede ist von ca. 1300 weiteren Versorgern weltweit.** Es ist eine Entkoppelung zu verzeichnen, Klimaziele und Ihre tatsächliche Entwicklung verlaufen konträr zueinander.
- Aktuelle Anzeichen einer **globalen Rezession** sind derzeit ein ungünstiger Zeitpunkt für die intensivierten Bemühungen zur Umsetzung des Strukturwandels, vorallem vor dem Hintergrund zu erwartender **Netz- und Versorgungssicherheit, ungünstiger Strompreisentwicklung und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit** nachgelagerter Industrien, in Verbindung mit der Abschaltung der Kernenergie bereits in 2022.
- Im **Netzentwicklungsplan** (NEP) 2030 geht man derzeit von einer Integration regenerativer Energien von 65% aus, die Ergebnisse der Kohlekommission zum vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleenergie

sind dort nicht in vollem Umfang berücksichtigt.

- Die **Netzsicherheit** muss ebenfalls neu organisiert werden, wie der Ausbau erforderlicher Speicherkapazitäten. Darauf ist die Energiewirtschaft flächendeckend bei einem weiter steigenden Energiebedarf nicht vorbereitet. Versorgungsengpässe und Stromausfälle, sogenannte „Blackouts“ könnten mit großer Wahrscheinlichkeit dann regelmäßig ganze Industrieabläufe lahmlegen. Intelligente digitale Sicherheitstechnik (Sicherheit Gateways für Smart Meter) für eine dezentrale Anwendung regenerativer Energiequellen ist nicht in benötigtem Maß vorhanden.
- Für die rheinische Region droht eine **Kettenreaktion der De-industrialisierung**, bedingt durch den Abbau tausender wertschöpfender Arbeitsplätze in der Automobil- und Zuliefererindustrie zusätzlich in NRW und im Bund, vor allem infolge der Verkehrswende mitverursacht durch die Diesel- und Abgasproblematik in den Städten, dem Brexit und internationalen Handelskonflikten aber auch bedingt durch Abkühlung des weltweit größten Automobil-Absatzmarktes in China. Zudem steht die heimischen Chemiebranche, infolge strategischer Fehlentscheidungen, ebenso vor gösseren Umwälzungsprozessen.
- Es ist auch die **Zusammensetzung der Kohlekommission** zu bemängeln, wie andererseits auch das beinahe einstimmige Abstimmungsverhalten für den vorzeitigen

Kohleausstieg, als auch die Benennung der einzelnen Vorsitzenden der Kommission, vornehmlich nach Parteibuch. Man ist konsterniert zu sehen, das ein ehemaliges Aufsichtsratsmitglied des Flughafen Berlin-Brandenburgs, dem bundesdeutschen Synonym für das Scheitern eines Großprojektes, im Vorstand der Kohlekommission sitzt. Ich halte es zudem für fragwürdig, das einer CSU Vertreterin, als Repräsentantin des Deutschen Roten Kreuzes, innerhalb der Kommission das gleiche Stimmgewicht eingeräumt wird, wie dem Vertreter des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI). (Es liegt auf der Hand, das die Kohlekommission in Ihrer Zusammensetzung, wie auch in Ihrer Zielausrichtung, wesentlich unter Beteiligung des Kanzleramtes zustande gekommen ist und formiert wurde.) Im Nachhinein äußerte sogar der CDU Wirtschaftsflügel erhebliche Kritik an der aus volkswirtschaftlicher Sicht verschwenderischen, weil übereilten Energiewende, vor dem Hintergrund, das CO2 neutrale Atomenergie, bereits 2022 vom Netz gehen wird.

- Eine **Strukturergänzung bis 2050**, statt des vorliegenden Strukturwandels, wäre insgesamt weniger riskant und kostspielig und vorallem besser gegenfinanzierbar gewesen.

Es ist nun viel Ehrlichkeit von den handelnden politischen Akteuren des Kreistages gefordert, die richtigen Argumente für die Bürger zu



finden. Damit ein Strukturbruch ausbleibt, ist nun viel Augenmaß in der Umsetzung gefordert.

Ich komme nun zu einem weiteren Thema:

b. Die **Entwicklung des Bildungssektors**, die Beschulbarkeit junger Generationen, Schulverweigerung und zunehmend qualitativ **mangelnde** Schulabschlüsse lassen aktuell aufhorchen! Erwirken beispielsweise Fördermittel des Bundes aus dem Topf „Gute Schule“ tatsächlich eine qualitative Aufwertung der Bildungslandschaft? Die erheblichen finanziellen Aufwendungen zur Verbesserung der Bildungssituation stehen de facto in einem erheblichen Widerspruch zu den tatsächlich erzielten Bildungserfolgen.

Ich zitiere aus einem **Artikel aus Welt-online vom 26. März 2019, mit dem Titel „Die ehrliche Zahl der Abi-Durchfaller liegt noch höher“** -> „Die Leistungsspreizung an deutschen Schulen wächst: Fast überall steigen die Quoten der sehr guten und der gescheiterten Absolventen. Viele schaffen es nur dank der Gnade der Lehrer“ - dieser beschriebene Umstand wird auch an den weiterführenden Schulen des Rhein Kreis kein anderer sein. Hier empfehle ich der Verwaltung eine genaue Analyse der tatsächlichen Sachverhalte. Vermutlich werden die existierenden Beschulungsdefizite mit finanziellen Zuwendungen alleine nicht zu bewältigen sein.

Mittels **Ausbau der Digitalisierung** an weiterführenden Schulen wird nicht zwingend eine Verbesserung des Bildungsniveaus zu erwarten sein. Vielmehr wird das bereits bestehende Risiko bedient, das

Schlüsselkompetenzen, wie Lesen, Schreiben, Rechnen und kognitive Gedächtnisleistungen nicht vertiefend erlernt werden und nach Beendigung der Schullaufbahn schlimmstenfalls verkümmern.

#### 4. Ich komme nun zum **Kreishausaushalt**.

Bei der Ausgestaltung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2019 und 2020 hat der Kreiskämmerer mit dem vorgelegten Zahlenwerk in erster Linie solide Arbeit abgeleistet, wesentliches Merkmal für uns ist hier die **weitere erfolgreiche Absenkung der Schuldenlast** auf nunmehr 22,7 mio. Euro. Auch das Absenken der Hebesätze und des Umlageaufkommens sind ganz im Sinne der Kommunen.

Begünstigendes Merkmal hierfür ist die sehr **gute Beschäftigungslage** im Rhein-Kreis Neuss, möglicherweise einhergehend mit der rückläufigen demographischen Entwicklung, die wieder um eine niedrige Arbeitslosenquote in allen Altersgruppen begünstigt, auch bei Berufseinsteigern. Man erkennt das vermeintliche Nachteile des gesellschaftlichen Schrumpfungsprozesses auch Vorzüge haben können.

Wermutstropfen bleiben aber vor allem die durch **gesetzliche Pflichtleistungen ausufernden Sozialausgaben**. Auf Kreisebene werden dies bis 2020, 61,2% des Gesamthaushaltes sein, mit weiter steigender Tendenz. Hier müsste der Kreis mit seinen Kommunen einen Gegentrend einleiten. Von Unternehmerseite werden die hohen

Lohnnebenkosten bereits als Standortrisiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland bewertet. Auch der Städtebund sprach unlängst von der Notwendigkeit zur Abkehr von einer „Vollkaskomentalität“ und fordert nichts weiter, als eine Reform des Sozialstaates.

(Augenscheinlich ist auch, das Deutschland gezielt **Fachkräfte anwerben** sollte. Die gegenwärtige Entwicklung in der Bewältigung der Flüchtlingskrise von 2015 ist nicht zielführend, da die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zweieinhalb Jahre später, signifikant angestiegen ist. Bundesweit sind im Zuge dessen ca. 1.000.000 Menschen direkt in die sozialen Sicherungssysteme eingezogen, ohne realistische Chance auf eine Verbesserung der Lage für die Menschen, den Staat und unsere Gesellschaft als Ganzes.)\*\*

(Es ist unverständlich, das geltendes Asylrecht bis heute nicht konsequent angewendet wird, wie unlängst selbst vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu Recht beklagt wurde).

Bundesfinanzminister Scholz hat gemäß Rechtslage bereits eine Absenkung der Bundesbeteiligung in der Flüchtlingsunterbringung angekündigt.

(Daraus ergibt sich ein **finanzielles Risiko** in Höhe von 5,2 mio. Euro für unsere Kommunen, dadurch das der vorliegende Doppelhaushalt, das in der Kreisumlage nicht deckelt.) Im Rahmen der letzten Finanzausschusssitzung wurden diese Prognoseunsicherheiten bereits folgerichtig thematisiert und über die Einwendung zum Haushalt zum Ausdruck gebracht, da diese

Zusatzmittel vor Ort selbst aufgebracht werden müssten.

Ob eine Refinanzierung des Mehraufwandes durch die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer gegeben ist, wie vom Kreiskämmerer angedeutet, bleibt fraglich.

Steuererhöhungen zur Gegenfinanzierung jedenfalls in diesem Zusammenhang, sind den Bürgern kaum zu vermitteln, ebenso wenig eine Neuschuldenaufnahme der Kommunen.

Wir sollten baldmöglichst damit beginnen aus den **Fehlern der vergangenen Jahre** unsere Lehren zu ziehen. Die Sozialdemokraten Dänemarks beispielsweise haben zur Sicherung des Wohlfahrtsstaates kurzfristig jedenfalls eine 180 Grad Wende in der Asylpolitik hingelegt. (Zusätzlich möchte ich hierzu auch auf eine Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes zum sogenannten „Geordnete-Rückkehr-Gesetzes“ vom 11.3.2019 verweisen).

\*\*\*

Wenig erbaulich erscheint auch die angespannte **Wohnungssituation im Rhein Kreis Neuss**. Dies ist vor dem Hintergrund einer eigentlich sich verkleinernden Kerngesellschaft doch verwunderlich. Das Konzept zur Etablierung einer Wohnungsbaugesellschaft unter Beteiligung des Kreises und seiner Kommunen ist ökonomisch mutig und würde ein gehöriges Maß an Kompetenz in der Immobilienwirtschaft voraussetzen.

In Anbetracht der Relevanz der Thematik, ist es eher ungeeignet, das einzelne Kommunen im Kreis, mit Blick auf die Kommunal- und Landratswahlen, nicht kooperativer mit dem Thema insgesamt umgehen.

Ergänzend möchte ich an dieser Stelle die Verwaltung bitten, mir die **INWIS Wohnungsbedarfsanalyse** des Kreises noch einmal zukommen zulassen. Es sei hier die provokante Frage erlaubt, wie aktuell in Duisburg ganze Wohnanlagen im großen Stil rückgebaut werden und wir im Rhein-Kreis eine vermeintliche Unterdeckung von 5000 Einheiten bemängeln.

5. Aufgrund der abgehandelten Sachverhalte, kann ich für unsere Kreistagsgruppe dem vorliegenden Doppelhaushalt des Kreises, für die Jahre 2019/2020, **unter Vorbehalt, aber dennoch zustimmen.** - Vielen Dank sehr geehrte Damen und Herren für Ihre Aufmerksamkeit.

Anhang:

\*Kommentierungen zum Strukturwandel - um Missverständnissen vorzubeugen, betone ich für unsere Gruppe, daß der nun erfolgte **Anstoß zum Strukturwandel** in der Region als nachvollziehbar empfunden werden kann. Auch halten wir es für sinnvoll, Start-ups und innovative Unternehmen im Rhein Kreis Neuss, wie auch im rheinischen Kohlerevier anzusiedeln, gekoppelt an verbesserte CO2 Reduktionsziele.

Allerdings halten wir nun **die von der Kohlekommission erarbeiteten Ergebnisse** und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen für einen Ausstieg aus der Kohleenergie in einem deutlich verkürzten Zeitraster bis 2038 (statt 2050), für höchst bedenklich. Und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der **vorliegende Zeitplan der Kohlekommission** trifft zu einen die Energieversorger relativ unvorbereitet und zum anderen befinden wir uns in einer Phase möglicherweise wirtschaftlichen Abschwungs in der Eurozone.
2. Der aus dem vorzeitigen Kohleausstieg resultierende **volkswirtschaftliche Schaden wird grob bei mindestens 80 Milliarden Euro** taxiert, nachgelagerte Folgeschäden noch nicht mit einberechnet.
3. Die **globale CO2 Bilanz wird durch die bundesdeutsche Abkehr von der Kohleverstromung nachweisbar nicht wesentlich verbessert**, es müssten für eine tatsächliche Klimaverbesserung hier aus unserer Sicht andere „global Player“ im Rahmen der Weltklimakonferenzabkommen mit dem deutschen Niveau erst einmal gleichziehen. „Unser“ Ansinnen zur CO2-Reduktion wird im Alleingang kaum Entfaltung zeigen.
4. Die **industrielle Symbiose** der rheinischen Energiewirtschaft in Nachbarschaft zur Industrielandschaft wird vorschnell aufgekündigt.
5. Regenerative Energieerzeuger werden das **Grundlastproblem** für energieintensive Betriebe in der Region aktuell nicht lösen können. Versorgungsengpässe und Produktionsausfälle können die Folgen sein.
6. Die **staatliche Gegenfinanzierung** milliardenschwerer Förderungen für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen, ist derzeit nicht als gesichert zu bezeichnen.
7. Es darf von einer **weiteren Strompreisverteuerung von 25-35%** im Zuge des übereilten Ausbaus des regenerativen Stromnetzes bei gleichzeitigem, schrittweisem Herunterfahren des Kohlestroms ausgegangen werden, mit fatalen Folgen für die Betriebe und große Teile der Bevölkerung. Schon jetzt betragen die Kosten der Energiewende bis 2025 (einer repräsentativen Studie nach) bis zu 520 Milliarden Euro (mehrheitlich über die EEG Umlage).
8. Im **Netzentwicklungsplan (NEP) 2030** geht man derzeit von einer Integration regenerativer Energien von 65% aus, die Ergebnisse der Kohlekommission zum vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleenergie sind dort nicht in vollem Umfang berücksichtigt.
9. Es werden in hohem Maße **Steuereinnahmen** aus der Energiewirtschaft in der Region wegbrechen, bedingt dadurch das das Geschäftsfeld der Kohleverstromung regelrecht abgewickelt wird.
10. Die **Netzsicherheit** muß neu organisiert werden, ebenso der Ausbau erforderlicher Speicherkapazitäten. Darauf ist die Energiewirtschaft flächendeckend bei einem weiter steigenden Energiebedarf nicht vorbereitet. Versorgungsengpässe und Stromausfälle, sogenannte „Blackouts“ werden dann regelmäßig ganze Industrieabläufe lahmlegen. Intelligente **digitale Sicherheitstechnik** (Sicherheitsgateways für Smart Meter) für eine dezentrale Anwendung regenerativer Energiequellen ist nicht in benötigtem Maß vorhanden.
11. Aufgrund der dann zu erwartenden **Strompreisverteuerung**, werden einzelne Industriezweige, die bereits zuvor über eine Abwanderung aus Deutschland nachgedacht haben, dann möglicherweise Ihre Standorte ins Ausland realisieren.
12. Um bei der **Grundlastsicherung** entgegenzusteuern, muss dann Atom- und Kohlestrom aus europäischen Nachbarstaaten (Polen, Tschechien; Frankreich) hinzugekauft werden, damit die Versorgungssicherheit für die heimische Industrie gesichert bleibt. Daraus entsteht eine hohe Abhängigkeit Deutschlands zu seinen Nachbarn.
13. Das **vorzeitige Ausstiegsszenario**, das die Kohlekommission nun zusätzlich zum Atomausstieg in 2022 empfiehlt, bedeutet für die rheinische Region ein erhebliches Maß an **De-industrialisierung** und Abschaffung wertschöpfender Arbeitsplätze. Zukünftig wird kann resultierend, die deutsche Exportwirtschaft, die die Staatsfinanzen erheblich durch Ausfuhrüberschüsse stützt, möglicherweise Ihren internationalen herausragenden Rang verlieren und schlimmstenfalls wegbrechen.
14. Die nun von CDU, FDP, SPD und Grünen erarbeiteten **Vorschläge zum Strukturwandel** werden den Verlust der Arbeitsplätze, bedingt durch den Wegfall des Tagebaus und der Kohlekraftwerke, nicht auf vergleichbarem Niveau auffangen können.
15. Wir befürchten mittelfristig ein **signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit** in verschiedensten nachgelagerten Berufsfeldern der Region, da ein weiteres wirtschaftlich erfolgreiches Zentrum der NRW Industrie seiner Grundlagen beraubt wird, die nicht ansatzweise gegenkompensiert werden können. In Ostdeutschland rechnet man mit 60.000 Arbeitsplätzen, in unserer Region werden rund 12.000 Arbeitsplätze direkt betroffen sein, wieviel aber sind es indirekt? Laut RWE wird der ausgehandelte Kohlekompromiss **gravierende Konsequenzen** haben, das Unternehmen hat bereits bis 2023 einen „signifikanten“ Arbeitsplatzabbau verlautbart.
16. Die **schubweise bereitgestellten Fördermittel** von insgesamt 40 Milliarden Euro für die jeweiligen Reviere in Ost und West, können im Rahmen des Strukturwandels nur einmal ausgegeben werden. Wir bezweifeln, das dies dauerhaft erfolgreich und nachhaltig zum Vorteil der Regionen geschehen wird, weil die realistischen Grundlagen hierfür nicht ersichtlich sind. Dessen sollten sich Politik, Beschäftigte, Gewerkschaften und weiteren Entscheidungsträger in der Wirtschaft im Klaren sein.
17. Wir unterstützen den **Appell der IHK des Rhein-Kreis Neuss, der Revisionsklauseln** für den Strukturwandel zur Anpassung der Abschaltpläne an die tatsächlichen (Industriellen) Gegebenheiten vorsieht, unbedingt zu berücksichtigen.

Unser Fazit zu den Ergebnissen der Kohlekommission:

Erneut erleben wir eine **politisch von oben angeordnete irrationale und unausgereifte Direktive**, die an den tatsächlichen Verhältnissen, diesmal denen der rheinischen Region, vorbei agiert.

Der **Vorsitzende der Kohlekommission**, Herr Pofalla, ist genau zu diesem Zweck dort installiert worden, weil es von vorneherein das erklärte Ziel war, die nun vorliegenden Handlungsempfehlungen, zu noch ambitionierteren Co2 Reduktion, zu liefern. Und das vor dem Hintergrund, das weltweit 491 Kohlekraftwerke im Bau befindlich sind und 790 zusätzliche in Planung.

Man hat sich auf nationaler Ebene, bei der Aushandlung des Kohlekompromisses, von Regierungsseite auf dem Weg zur Entscheidungsfindung, durch unterschiedlichste **Lobbygruppen** regelrecht und vielleicht auch mit Vorsatz den Schneid abkaufen lassen.

\*\* Nur am Rande sei der Vollständigkeit halber noch erwähnt, das Integration nur dort erfolgreich verläuft, wo Menschen die zu uns gezogen sind, dies auch aktiv selbst für sich einfordern, und bereit für Veränderungen und Umstellungen in Ihrem Leben sind. Das weitere Herausbilden von Parallelgesellschaften im Kreis ist offenkundig, eine weiteres Ausblenden dieser Entwicklung halte ich für fatal.

\*\*\*Vor diesem Hintergrund halte ich die durchgeführten und tatsächlich erfolgten Rückführungsquoten im Rhein-Kreis Neuss für erheblich verbesserungsbedürftig.